



Deutschland.

Berlin, 10. October. [Se. Majestät der König] geruhten des Morgens um 9 Uhr die Kunstaustellung im Akademie-Gebäude in Augenschein zu nehmen, empfingen dann die Vorträge des Civil- und Militär-Cabinets und des Unterstaats-Sekretärs v. Chile. Im Beisein des letzteren empfingen Allerhöchsteselben den Civil-Commissar für Hannover, Freiherrn v. Hardenberg, und geruhten um 4½ Uhr dem Grafen Voß-Waldeck, Bruder des verstorbenen Ober-Hofmeisters Ihrer Maj. der Königin, Audienz zu ertheilen.

Der praktische Arzt Dr. Ritter ist mit Anweisung des Wohnsitzes in Kaukauen zum Kreis-Physicus des Kreises Niederwerth ernannt worden.

Babelsberg, 11. October. [Se. Majestät der König] empfingen heute die militärische Meldung des zum Hofmarschall Allerhöchstes seines Sohnes, des Kronprinzen königl. Hoh., ernannten Oberstleutn. v. Krosgig vom Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiment Nr. 2 und nahmen hierauf die Vorträge des Kriegs-Ministeriums und Militär-Cabinets entgegen. Um 3 Uhr waren einige Militär- und andere Personen zur Allerhöchsten Tafel befohlen. (St.-Anz.)

[Das befindet Napoleon.] Wie der „St.-A. Corr.“ gerüchtweise mitgetheilt wird, soll gestern Mittag eine Depesche der preußischen Gesandtschaft in Paris im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eingelaufen sein, nach welcher dem Ableben des Kaisers Napoleon ständig entgegesehen und der Zustand des Kaisers zur Zeit nur noch streng verheimlicht wird.

* [Die Ordens-Vertheilungen] in Anerkennung der Verdienste im Kriege nehmen heute im „St.-A.“ 5½ volle Druckbogen ein.

[Professor Langenbeck] soll, wie wir schon meldeten, nach Paris berufen sein, um die von einigen Aerzten für nothwendig erachtete Operation beim Kaiser Napoleon vorzunehmen. Von anderer Seite wird erzählt, es handle sich noch nicht um die Operation, sondern nur erst um ein Gutachten darüber, ob die Operation unvermeidlich und ob der Kranke im Stande sein würde, sie auszuhalten. Der Kaiser selbst nämlich soll darauf bestehen, sich der Operation zu unterwerfen, während ein Theil der Aerzte, die befragt worden sind, entschieden davon abrath. Auch aus Wien und Würzburg sollen namhafte medicinische Autoritäten eine ähnliche Einladung erhalten haben.

△▽ Bon der Eider, 10. Oct. [Trost für die Nordschleswiger.] — Neue dänische Untrübe.] Die heutige Haderslebener „Nordschleswigs Tidende“ ermahnt die Bewohner Nordschleswigs, indem sie die jüngste Abhandlung der Berliner „Zedlerischen Correspondenz“ citirt, zum mutigen Ausharren in dem Kampfe für das Deutschthum. Preußen, welches bereits im Felde Dänemark besiegt habe, werde in seiner jeglichen Machtvollkommenheit ohne Zweifel die Sache Nordschleswigs zu einem guten Resultate führen. Nichtsdestoweniger aber seien erneute Proteste gegen jegliche event. Theilung des Herzogthums Schleswig wünschenswert. — Bei der heutigen Haderleben abgehaltenen Wahl dreier Mitglieder des Haderslebener Amtsraths fielen die meisten Stimmen auf das ehemalige Reichsraths- und Ständemitglied, Hofbeamter Krüger Befest, auf den Gastwirth Juhl in Mohlbye und auf den verabschiedeten ehemaligen dänischen Kirchen- und Schulrat Petersen. Die Deutschnesten hatten sich zu früh aus dem Wahlkampfe zurückgezogen, indem die Dänenvriende unter der Vorwegleitung, daß die Zusammensetzung des Haderslebener Amtsraths auf die endgültige Erledigung der nordschleswischen Frage einen großen Einfluß ausüben werde, zu den größten Anstrengungen veranlaßt worden waren. Es wäre sicherlich angemessen, wenn eine starke preußische Hand alsbald die Dänen in Nordschleswig ein Bischen zügeln würde.

Lauenburg, 10. Oct. [Verpachtung der Domäne.] Dank der Gerechtigkeit des königl. preußischen Ministeriums ist unsere Stadt bei der heutigen Verpachtung der in der Stadt liegenden Domäne für ca. 9000 Thlr. Meistbietender geblieben. Es ist somit ein seit Jahrhunderten vergeblich erstrebtes Ziel für dieselbe glücklich erlangt.

(N. A. 3.)

Hannover, 8. Oct. [Die städtischen Collegien] haben mit allen gegen eine Stimme in gemeinschaftlicher Sitzung eine Huldigungss-Deputation mit einer Adresse an den König nach Berlin zu senden beschlossen. Stadtdirector Rasch, der den Antrag gestellt hatte, sprach für diesen von dem Standpunkte der Zweckmäßigkeit: die Stadt müsse sich mit der Regierung in gutes Einvernehmen setzen um ihrer eigenen Interessen willen. Syndicus Albrecht stimmte dem bei und hob besonders hervor, daß bei dem Mangel einer Landesvertretung die städtischen Collegien der ehemaligen Hauptstadt gewissermaßen die Pflicht hätten, im Namen des Landes vor dem Throne zu erscheinen, um den dankbaren Gefühlen derselben über die Vertheilungen der Proclamation einen Ausdruck zu leihen. (H. C.)

△▽ Bon. der Elbe, 10. October. [„Echter Versuch“ der augustenburgischen Partei.] In der letzten, in dem benachbarten Altona abgehaltenen Ausschüttung der schleswig-holsteinischen Vereine wies nach einem hamburgischen Localblatte eine Partei auf den Umstand hin, daß man von Napoleon III. in nicht ferner Zukunft Hilfe erwarten könne, wenn man nur im Widerstande gegen die Einverleibung der Herzogthümer in Preußen standhaft verharre. „Aber fahrt dann das hamb. Blatt fort — zur Ehre der Majorität sei es gesagt: diese unpatriotische Ansicht wurde mit so entschiedenem Mißfallen aufgenommen und von besser inspirirten Rednern so stark gebrandmarkt, daß die „Freunde und Verehrer Napoleons“ sich genötigt sahen, sehr rasch zum Rückzuge zu blasen. Es ist eine sehr betrübende Erscheinung, daß fanatische Parteiwuth deutsche Männer so arg verblenden konnte, von einer Fremdeverschafft Heil für Deutschland zu erwarten! Solche krankhafte Erscheinungen sind nur aus der unpraktischen Natur des Deutschen zu erklären, der seinem Systemchen zu Liebe die Welt in Trümmern schlagen möchte, statt mit vollendetem Thatache klug abzurechnen. Indes, wie schon gesagt, es zeigte sich in jener Ausschüttung, daß nur eine verschwindende Minorität der „Angestammten“ solchen groben Irrthümern zum Opfer ward und daß die Majorität ehrlichen Anschluß an Preußen sich zum Ziele gesetzt hat. Bemerkenswerth war es, daß der schleswig-holsteinische Oberpräsident Baron Carl v. Scheel-Plessen, der aus dem „Altonaer Mercur“ von jener Sitzung erfahren hatte, beim Altonaer Polizeimeister, Herrn v. Fischer-Benzon, per Telegraph anfragte, „was das zu bedeuten habe“. Der Polizeimeister aber antwortete: „Die Vereine wollen liquidieren und sich anlösen“, und hiermit war Herr v. Scheel-Plessen natürlich einverstanden.

Zwickau, 10. Oct. [Die an Se. Majestät den König gerichtete Adressa], welche den Notstand der Stadt Zwickau eingehend schildert und um baldigste Gewährung des Friedens bittet, ist von den Abgeordneten des Rathes und der Stadtoberordneten am 8. October d. J. Sr. Maj. dem Könige

in Karlsbad durch vollständiges Vorlesen vorgetragen und sodann überreicht worden. Der König sprach seine innige Theilnahme am Notstande der Stadt aus, erklärte, daß es nicht an ihm liege, wenn die Friedensverhandlungen noch nicht zum Abschlusse gelangten seien, und gab die Versicherung, daß er, sobiel er vermöge und mit den möglichsten Opfern, zur Herbeiführung des Friedens beitragen werde, der ihm so sehr wie dem Volke am Herzen liege.

Kassel, 9. October. [Danach.] General-Gouverneur v. Werder, welcher gestern nach der Feier der Bekündigung der königl. Proclamation und des Besiegereigungs-Patents Sr. Maj. dem Könige telegraphisch Bericht erstattet hatte, erhielt heute folgendes Telegramm: „Empfangen Sie Meinen Dank für die patriotische Feier. Gott mit uns! Hubertusstock, 9. Oct. 1866, 5 Uhr Morgens. Wilhelm.“

Frankfurt, 10. Oct. [Rothschild.] Die Nachricht einiger Zeitungen, daß bei dem Rothschild'schen Finanz-Congresse in Tschl. welcher dieser Tage stattfand, die hiesigen Rothschilden mit der festen Absicht erschienen seien, Frankfurt aufzugeben und sich einen anderen Ort für ihre Wirksamkeit zu wählen, von welcher Absicht sie aber durch die anderen Familien-Mitglieder abgebracht worden seien, wird hier in allen ihren Theilen als erbichtet bezeichnet.

München, 8. Octbr. [Die Cabinetskrisis] ist entschieden: Staatsrat v. Pfistermeister hat als Vorstand des königl. Cabinets-Secretariats seine Entlassung erhalten, ebenso Ober-Appellationsrath Luz. Herr v. Neumayr, der Nährvater und Pathé unserer Fortschrittspartei, hat die Stelle Pfistermeisters, Ministerial-Sekretär v. Feilitzsch die von Luz bereits angetreten. Herr v. d. Pfordten kommt heute Abend von Starenberg herein, da morgen eine Berathung über die „Reform des Cabinets-Secretariats auf constitutioneller Basis“ stattfindet. Das Resultat dieser Berathung dürfte der Rücktritt v. d. Pfordtens von der Leitung des Ministeriums sein, da Herr v. Neumayr als Vorstand des Cabinets-Secretariats sich eine Stellung gewinnen will, welche der eines Ministers gleich ist und in gewisser Beziehung die des Ministerpräsidenten überragt. Er beansprucht Rang und Titel eines Ministers ohne Portefeuille oder eines Ministers des königlichen Hauses. In letzterem Falle hätte Herr v. d. Pfordten das betreffende Portefeuille an seinen politischen und sonstigen Gegner abzugeben. Alle diese Hofsneigkeiten machen natürlich großes Aufsehen. (N. Pr. 3.)

Stuttgart, 8. Octbr. [Der vollständige Adressentwurf.] Die Fünfzehner-Commission hat soeben den Adressentwurf im Druck erscheinen lassen. Derselbe lautet:

1) Eure königl. Majestät haben die Stände des Landes zu berufen gewünscht, nachdem seit ihrer letzten Versammlung die schwersten Ereignisse über Deutschland hereingebrochen sind.

2) Ein kurzer, aber blutiger Krieg hat zur Lösung des deutschen Bundes, zum Auflösse Österreichs aus der Verbindung mit dem übrigen Deutschland, zur Vergrößerung Preußens geführt und mit der Gründung eines norddeutschen Bundes sollen die südwästlichen Staaten Deutschlands sich selbst überlassen werden.

3) Wenn auch die Röde, mit welcher im Namen Ew. kgl. Maj. die Sitzung der Stände eröffnet wurde, keine Ansicht über die allgemeine Lage fundiert, in welche wir durch die Vorgänge der letzten Monate versetzt sind, so hält sich doch die Kammer der Abgeordneten für verpflichtet, hierüber sich auszusprechen. Ew. königl. Majestät Regierung selbst wird der Ansicht der Landesvertretung nicht entbehren wollen, daß Volt aber kann von der Kammer erwarten, daß die Grundsätze offen darlege, welche sie in solchen Zeiten der Umwälzung des Landes lebendig seien.

4) So möge denn vor Allem rücksichtlos von uns ausgesprochen sein, daß der Wechsel der Ereignisse die Überzeugung von Recht und Unrecht, wie wir sie vor Beginn des Krieges gehabt, nicht ändern kann. Und wenn die kriegerischen Erfolge die Erreichung des von uns bisher erstrebten Ziels selbst als unmöglich darstellen sollten, so muß uns doch unverwehr sein, daran zu erinnern, daß die Einigung des ganzen Deutschland seit einem halben Jahrhundert der Wahlpraxis deutscher Patrioten war und daß die höchsten Ideen einer Nation darum noch nicht untergehen, weil ihnen in einem bestimmten Momente die Vermittelung versagt zu sein scheint.

5) Aber wir sieben als die Besiegten unter der Macht der Thatsachen, und die Pflicht fordert von uns, auf dem gegebenen Boden für das Beste des Volkes zu sorgen.

6) Wir müssen es hinnehmen, daß mit der gegenwärtigen Gestaltung Deutschlands der Schutz des einzelnen Staates gegen außen eine unverkennbare Einbuße erlitten hat; hoffen wir, daß dennoch jeder Angriff auf deutsches Gebiet die Nation zur einmütigen Abwehr bereit finden werde.

7) Dem norddeutschen Bunde uns anzuschließen, wären wir nicht im Stande, selbst wenn wir es wollten, weil Preußen sich nicht in der Lage befindet, es zu gestatten.

8) Für uns fällt mit demselben Gewichte, wie die Verbindung Deutschlands zur mächtigen Einheit gegen außen, die Freiheit des Volkes in die Waagschale; wir sind ihm schuldig, nach Kräften die Rechte zu sichern, die schon bisher des Schutzes der Verfassung genossen und ungehemmt ihrer weiteren Ausbildung entgegengesetzt werden können.

9) Darum kann nur auf einer Grundlage, welche die berechtigte Selbstbestimmung des Einzelstaates mit der notwendigen Einheit des Gesamtstaates vereinigt und die freie Entwicklung des constitutionellen Lebens gestärkt, eine Verbindung von Nord- und Süddeutschland in befriedigender Weise hergestellt werden.

10) Wir suchen vergeblich auf der Seite jenes Bundes nach den Garantien, welche unser Recht zu schützen und den Fortschritt auf der Bahn der Freiheit zu sichern geeignet wären.

11) Wir können es daher auch für jetzt nicht als unsere Aufgabe betrachten, den Anschluß an den norddeutschen Bund zu erstreben.

12) Fern von jeder Feindseligkeit gegen Preußen, und obwohl wir die Trennung des deutschen Südens und Nordens für die Dauer durchaus verwerfen, könnten wir es bei den nach jeder Richtung unfeindlichen Verhältnissen nur als einen Fehler der süddeutschen Staaten erkennen, wenn sie in hastiger Flucht vor den drohenden Feindsturm eine Stellung zu dem Norden schon jetzt einzunehmen wüssten, deren Bedeutung sich unter den gegebenen Umständen gar nicht bestimmten läßt.

13) Die augenblickliche Lage der südlichen Staaten, welche wir allerdings als eine haltbare nicht anzusehen vermögen, ließe sich durch ihre engere Verbindung untereinander mit gemeinsamer parlamentarischer Vertretung günstiger gestalten. Sollte dieser Bund zur Zeit auf unüberwindliche Hindernisse stoßen, so ist doch die Einigung jener Staaten über die wichtigste Angelegenheit des Schutzes nach außen, und daher insbesondere über die Kriegsversetzung so sehr durch die Natur der Sache geboten, daß kaum einer derselben sich dagegen zu sträußen gemeint sein dürfte.

14) S. dann ist es der rasche Ausbau der inneren Einrichtungen, welchen die gegenwärtige Lage gebietet. Wir glauben uns in voller Übereinstimmung mit Ew. königl. Majestät zu befinden, wenn wir davon ausgehen, daß nur ein in seinen berechtigten Wünschen befriedigtes Volk, dessen Kräfte durch eine zweckmäßige Organisation gesammelt und nützlich gemacht werden, den kommenden Ereignissen mit der Verhüting, welche bei den jetzt rücktretenden Verhältnissen Deutschlands überhaupt möglich ist, entgegengesetzt werden können.

15) Wir erlauben uns daher wiederholst um die mögliche Veränderung der Verfassungen in der Organisation der Verwaltung und über die Reform der Verfassung in Unterhängigkeit zu bitten. Die Veränderung der Verfassung insbesondere erscheint in manchen Theilen als eine der dringendsten Aufgaben, in andern als die zuverlässigste Maßnahme, um das Vertrauen zwischen Volk und Regierung zu festigen.

16) Eine nicht minder dringende Forderung des Volkes geht auf die Änderung unserer Kriegsverfassung. Es bedarf heute keiner Rechtfertigung mehr,

dass unter Beteiligung des Volkes und der Stellvertretung die ganze Wehrkraft des Volkes zur Entwicklung zu bringen ist. Aber es gilt nicht bloß eine Nachahmung anderwärts bestehender Einrichtungen, welche das Volk mit unerträglichen Lasten bedroht würden, vielmehr ist die allgemeine Wehrpflicht mit den Anforderungen des bürgerlichen Lebens und der Steuerkraft des Landes in das richtige Verhältnis zu setzen. Diese Aufgabe, so schwer sie erscheint, ist nicht unlösbar und sie muß in der nächsten Zeit ihre Lösung finden, wenn den kleineren Staaten überhaupt noch eine Bedeutung zukommen soll. Wir glauben auch in dieser Hinsicht einer baldigen Vorlage uns erfreuen zu dürfen.

17) Möge die Beseitung die Entscheidung Ew. königl. Maj. segnen, daß sie zum Wohl des engeren wie des weiteren Vaterlandes gebehn.

In tieferer Erfahrung verharzt Ew. königl. Maj. unterhängst treuehorsamste Kammer der Abgeordneten.

Oesterreich.

Wien, 11. Oct. [Die Trautnauer Affaire nach der Rothschild-Darstellung. Fortsetzung.] Nach acht Uhr Abends wurden wir in Glogau in das erste Stadtwert des Militärgefangenisses, und zwar ich abgefondert und die Uebrigen je zwei in eine Zelle gebracht. Die Zelle hatte 1½ Quadratmeter Flächenraum, war ungedeckt, und das einzige Einrichtungsstück in der selben war ein Spudnapf. In der ganzen Zelle war kein Gegenstand, auf den man sich setzen oder legen, an dem man etwas aufhängen oder auf den man etwas legen konnte. Selbst die Brüstung des in einer Höhe von sieben Fuß befindlichen vergitterten kleinen Fensters war so schief, daß kein Gegenstand darauf liegen bleiben konnte. Zum Nachtlager diente ein Bund Stroh. Die einzige Stütze, die uns am 30. Juni gereicht wurde, bestand außer der erwähnten Frühstücksuppe in einer Portion Commissbrodt und Wasser.

Den 1. Juli, einen Sommstag, verbrachte ich mit der Pflege meines Kunden Fußes. Ich erschien um ein Verhöhr am nächsten Tage und um die Gestattung des Schreibens einiger Zeilen an meine Frau; allein vergebens. Am 2. Juli Nachmittags wurden wir aus dem Militär-Gefangenisse unter Militär-Escorte in das mit dem Kreisgerichte in Glogau in Verbindung stehende Inquisitions- und Gefangenengehäuse geführt. Vor dem Gefangenengehäuse erwartete uns der Festungs-Commandant Oberst v. Wollenhaupt und der Vorstand des Kreis-Gerichtes und Gefangenengehäuses.

Hier wurden uns die Stricke von den Händen genommen, jedoch sogleich bemerkt, daß wir in Ketten gelegt werden. Wie immer war ich auch hier wieder der Bedrohte; ich mußte zuerst vorstehen und wurde in Einzelhaft gegeben. Die anderen Mitgefangenen waren je zwei in eine Zelle. Die einzelnen Zesseln samten dem Schlosse waren wohl über sechs Pfund schwer; ich wurde an Hand und Fuß gefesselt, von dem Mitgefangenen wurden je die beiden Bellengenossen, der eine am Fuße, der andere am Arme zusammengesetzt. Die gemblte Zelle hatte ungefähr einen Flächenraum von 2% Quadratmetern, war rein, gebildet und in der Höhe von beiläufig sieben Fuß mit einem kleinen vergitterten Fenster versehen. Die Einrichtung bestand in einem Tische, zwei Schemeln und einem Schranken. In der Wand war ein guß-eiserner Nachstuhl eingemauert, der von außen gereinigt werden konnte.

Sogleich nach unserer Aufnahme in die Zelle wurde uns Alles abgenommen, was nicht unbedingt zur Kleidung gehörte. Kein Bleistift und kein Streifen Papier wurde uns gelassen. Als einzige Lektüre war ein evangelisches Gefangenbuch vorhanden. Am nächsten Tage wurden wir in der Badestube des Gefangenengehäuses gebadet. Bei dieser Gelegenheit — am 3. Juli — brachten wir seit dem 27. Juni das erste Mal jene Kleider vom Leibe, die wir am letzten Tage angezogen hatten. Es wurde einem Jeden von uns ein Hemd verabreicht. In jede Zelle wurde ein Stoßsack mit einem festen Stoßpolster und einer überzogenen Sohle zum Zudecken gebracht.

Amerika.

Newyork, 25. September. [Die Wahlbewerbungen] werden von beiden Parteien energisch fortgesetzt. In Indiana, Ohio und Pennsylvania finden die Wahlen am zweiten Dienstag im October statt und allem Anschein nach wird der Wahlkampf ein sehr heißer werden. Bei verschiedenen Localwahlen im Westen haben die Conservative sich unerwartet stark erwiesen, so haben sie z. B. in Springfield (Illinois), wo sie bislang die Radikalen die Oberhand hatten, den Sieg davongetragen.

[Die radicale Convention von Soldaten der Armee und Flotte] in Pittsburg (Pennsylvania) ist (wie bereits gemeldet) zusammengetreten. Die Beteiligung ist eine starke und zeigt sich großer Enthusiasmus unter den Anwesenden. Die hervorragendsten Mitglieder sind die Generale Burnside, Butler, Barnum, Barlow und Logan. Außer den Genannten sind von Oberoffizieren noch der Sache des Congresses zugethan die Generale Howard, Carl Schurz, Martindale und Devens. Dagegen sind als Anhänger des Präsidenten bekannt die Generale Sherman, Thomas, Schenck, Blair, Slocum, Davis, Tuster, Averill, Hancock, Wright, Sykes, Baldy, Smith, Warren, Rousseau und Dix. Was Grant und Sheridan betrifft, so werden sie von Conservative und Radicalen als die Thrigen in Anspruch genommen, wobei in Bezug auf Grant die Conservative sein freundliches und häufiges Verkehren mit dem Präsidenten für sich geltend machen.

[Zur Gesetzgebung.] Der Washingtoner Correspondent der „Newyork Herald“ will wissen, daß der Präsident in Kürzem den Südstaaten die Annahme des vom Congress vorgeschlagenen Verfassungs-amendments durch eine Proklamation empfehlen werde (s. jedoch unten). — Der gesetzgebende Körper von Süd-Carolina hat in Bezug auf die farbige Bevölkerung des Staates wichtige Beschlüsse gefaßt. Den Freigelaßten wird dadurch das Recht ertheilt, Verträge zu schließen, zu klagen, rechtskr

